

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 24 (1944-1945)
Heft: 11-12

Artikel: Zur Reform des politischen Aussendienstes
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-335123>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 23.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

ROTE REVUE

SOZIALISTISCHE MONATSSCHRIFT

Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz

24. JAHRGANG - JULI/AUGUST 1945 - HEFT 11/12

Zur Reform des politischen Außendienstes

Die Krise der schweizerischen Außenpolitik ist im November 1944 durch die Absage der Russen, die diplomatischen Beziehungen mit der Schweiz wieder herzustellen, in ein akutes Stadium getreten. Der Rücktritt des damaligen Außenministers Pilet-Golaz war eines der Mittel, um die seit Jahren latente Krise im Politischen Departement offen zu bekämpfen. Von einem grundsätzlichen Wandel des außenpolitischen Dienstes unseres Landes war dabei wohl eine Zeitlang in der schweizerischen Öffentlichkeit die Rede, praktisch blieb aber alles beim alten, auch wenn in der Zwischenzeit der Chef des Politischen Departementes und der Chef der Abteilung für Auswärtiges ersetzt worden sind.

Die Schweizerische Gewerkschaftsbund und die Sozialdemokratische Partei der Schweiz haben schon seit längerer Zeit sich mit der Reform des politischen Außendienstes unseres Landes beschäftigt. Das Ergebnis ihrer Beratungen ist niedergelegt in einer

Eingabe an den schweizerischen Bundesrat, die anfangs Juni ihm unterbreitet worden ist. Deren Inhalt ist von derart grundsätzlicher Bedeutung für die Reform des politischen Außendienstes unseres Landes, daß es sich rechtfertigt, die von den Genossen Bratschi und Schürch für den Gewerkschaftsbund und den Genossen Oprecht und Stocker für die Sozialdemokratische Partei der Schweiz unterzeichnete Eingabe vollinhaltlich bekanntzugeben. Die Eingabe dürfte den Anstoß dazu bilden, daß die Reform des politischen Außendienstes unseres Landes nun endlich auch im Bundeshaus ernsthaft in Angriff genommen wird.

Der Text der Eingabe lautet:

Schon seit längerer Zeit beschäftigen sich der Schweizerische Gewerkschaftsbund und die Sozialdemokratische Partei der Schweiz mit den Problemen des politischen Außendienstes unseres Landes. Wir haben dazu

wiederholt in unseren Organisationen Stellung bezogen. Wir erlauben uns, Ihnen nachstehend darzustellen, wie sich die Arbeiterschaft die im Interesse des Landes nötige Reform des politischen Außendienstes vorstellt.

Wie sich das Problem stellt.

Wenn man das Problem des politischen Außendienstes behandelt, muß man sich darüber klar sein, daß die Zeiten jener Außenpolitik vorbei sind, die sich vorwiegend auf die Pflege und Aufrechterhaltung der sogenannten «diplomatischen Beziehungen» im formaljuristischen Rahmen beschränkten. Ferner hat man in Betracht zu ziehen, daß heute *Außenpolitik* und *Innenpolitik* institutionell in jenem Sektor nicht mehr scharf auseinandergehalten werden können, der schon heute den größten Teil der Außenpolitik ausmacht; in der *Wirtschaftspolitik*.

Daß dem so ist, ist nicht nur auf die Zwangsläufigkeiten der Kriegszeit zurückzuführen. Schon lange vorher sind entscheidende grundsätzliche Änderungen eingetreten, weshalb denn auch keine großen Hoffnungen auf eine Rückgängigmachung der eingetretenen Entwicklung gesetzt werden dürfen. Der heutige Staat ist schon lange ein Anachronismus; seine Form entspricht schon lange nicht mehr seinem Inhalt. Daß diese Tatsache nicht genügend berücksichtigt worden ist, hat ohne Zweifel einen großen Teil der Fehlentwicklungen und Wehen unserer Zeit verursacht.

Faschismus und Nationalsozialismus hatten ihren Erfolg, bevor sie sich demaskiert haben und der rein reaktionäre Grundcharakter ihrer Politik und ihrer Ziele in Erscheinung getreten ist, hauptsächlich dem Umstand zu verdanken, daß die modernen Demokratien die oben angedeuteten Entwicklungen samt der sogenannten «antikapitalistischen Sehnsucht» breiter Volksmassen glaubten übersehen zu können, daß sie es nicht rechtzeitig und frühzeitig genug verstanden haben, die nahezu völlig wirtschaftlich gewordenen Aufgaben des Staates zu erfassen. Wohl hat man da und dort den neuen Verhältnissen Rechnung zu tragen versucht. In Weimar-Deutschland hat es zum Beispiel einen Reichswirtschaftsrat gegeben, der allerdings im ebenfalls primär politisch aufgezogenen Staat natürlich das fünfte Rad am Wagen werden mußte. Andernorts hat man Wirtschaftskommissionen eingesetzt, die Forderung des Wirtschaftsparlaments erhoben usw. Eine befriedigende Lösung ist noch nicht gefunden worden. Dieser Umstand behindert gesunde und unaufschiebbare Entscheidungen und Beschlüsse in einer Zeit, wo keine Zeit zu verlieren ist. Wenn die modernen Demokratien glauben, nunmehr nach Beendigung dieses Krieges wieder zu ihrer früheren Politik zurückkehren und wirtschaftliche Aufgaben neuerdings rein politisch oder überhaupt nicht lösen zu können, so werden neue Gefahren nicht ausbleiben und äußerst gefährliche Folgen haben.

Inmitten einer Welt, die auf Grund starker *neuer politischer Impulse* und *wirtschaftlicher Erfordernisse* in mancher Hinsicht im Begriffe ist, nunmehr sogar ins andere Extrem, jenes allzu starrer Bindungen, zu fallen, hat die geistig und materiell intakt gebliebene Schweiz die große Aufgabe, das demokratische Erbe und den vernünftigen Ausgleich zwischen Politik und Wirtschaft zu sichern und gleichzeitig jene Anpassungen an neue Not-

wendigkeiten vorzunehmen, die in einer Welt unumgänglich sind, wo Politik und Wirtschaft immer mehr zu *einem* Begriff werden und die Wirtschaft durch die Macht der Umstände immer mehr eine *gebundene* Wirtschaft wird.

Wir dürfen uns keinen Täuschungen hingeben, wenn wir hören, daß Churchill sagt, England müsse nunmehr nach dem Krieg «auf dem Hauptmast des Schiffes wiederum die Flagge des freien Unternehmertums hissen», oder wenn uns Stimmen aus den USA berichten, daß der «unbehinderte Welthandel» wieder zum Gesetz der kommenden Zeit werden und die legendäre «freie Bahn für den Tüchtigen» ausschließlich zu Ehren kommen müsse.

Diese Initiativen und dieser «Dynamismus» sollen, so wird gleichzeitig ebenso deutlich gesagt und durch zahlreiche sehr massive Pläne bekräftigt, im Rahmen einer auf weite Sicht und in weitem Rahmen gedachten straffen Wirtschafts- und Währungspolitik wirksam werden. Die Notwendigkeit eines solchen Vorgehens ergibt sich schon aus dem Umstand, daß die Großmächte gegenseitig stark verschuldet sind und einer der wichtigsten zukünftigen Partner der Weltwirtschaft, die UdSSR, immer und überall nicht die Flagge des freien Unternehmertums geißt haben wird, sondern die Flagge einer bis auf das letzte Ziel ausgerichteten und gleichgerichteten staatlichen Handelspolitik. Endlich muß in Rechnung gesetzt werden, daß es die feste Absicht der Alliierten ist, die ganze deutsche Industrie in einen festen Plan der Bewirtschaftung einzuspannen und sich ähnliche Entwicklungen in verschiedenen von den Alliierten besetzten Ländern abzeichnen: Amgot in Italien, neue Wirtschaftspolitik in Frankreich, verschärfte Ottawa-Politik im Rahmen des britischen Weltreiches, Durchdringung Südamerikas und Chinas durch die USA, Einbeziehung des Nahen Ostens in den Wirtschaftsbereich der UdSSR usw.

Es sind deshalb nicht die frommen Wünsche auf die ausschließliche Wiedereinsetzung früherer privater und individueller Geschicklichkeit und Initiative, die bei unseren zukünftigen Beziehungen in einer veränderten Welt den Ausschlag geben können, sondern wir müssen innen- und außenpolitisch und vor allem binnen- und außenwirtschaftlich die oben angedeuteten koordinierten Bestrebungen der führenden Staaten in Rechnung setzen und sie im Rahmen unserer Eigenart berücksichtigen.

Erste Aufgabe ist, zu untersuchen, wie sich das Problem der Umstellung von vorwiegend politischen zu vorwiegend wirtschaftlichen Aufgaben in den andern hauptsächlich in Betracht kommenden demokratischen Staaten stellt und wie es gemeistert wird. Eine solche Untersuchung kann uns zeigen, in welcher Richtung Reformen bei uns unter weitestgehender Wahrung unserer Art gehen können und sollen.

In England

sind bis in die allerletzte Zeit hinein die auswärtigen Angelegenheiten und das Außenministerium als eine von den übrigen Departementen gesonderte und abgesonderte Angelegenheit betrachtet worden. «Ob dies», so sagte kürzlich ein konservatives Oberhausmitglied, «je wünschenswert

war oder nicht, möchte ich nicht entscheiden, hingegen bin ich vollständig sicher, daß diese Methode beim gegenwärtigen Stand der Dinge und der zukünftigen Entwicklung in keiner Weise wünschenswert ist.»

Die zurzeit in England vor sich gehenden Umstellungen scheinen auf eine weitgehende Koordinierung der Arbeit aller Departemente hinauszulaufen. In diesem Sinne soll allermindestens dem bis jetzt völlig isolierten Außenministerium eine starke wirtschaftliche Abteilung angegliedert werden, in der alle Departemente und Instanzen permanent vertreten sind oder zu der sie jederzeit die Möglichkeit des Kontaktes und der Einflußnahme haben. Die Tendenz ist so stark, daß heute sogar die klassische örtliche Absonderung des Außenministeriums in einem besonderen Sitz als lästig bezeichnet und in Frage gestellt wird. Wir illustrieren diese Entwicklung nachstehend durch die Wiedergabe verschiedener Erwägungen, die in den verschiedensten Zusammenhängen bei der Behandlung dieses Problems im Parlament gemacht worden sind:

«Eine viel weitergehende Koordinierung der auswärtigen Angelegenheiten der verschiedenen technischen, wirtschaftlichen und finanziellen Departemente und Instanzen ist nötig, um das Außenministerium in die Lage zu versetzen, eine starke und wirksame Außenpolitik zu formulieren, nachdem es insbesondere die wirtschaftlichen und finanziellen Interessen in Rechnung gesetzt hat...» «Die auf dem Gebiete der Rekrutierung und Ausbildung des Stabes des auswärtigen Dienstes zu ergreifenden Reformen werden in angemessener Zeit die Gewähr geben, daß alle Mitglieder dieses Dienstzweiges eine kaufmännische Einstellung erhalten.» Es wird die Einstellung fachkundiger Kräfte in die geplante Wirtschaftsabteilung des Außenministeriums in Aussicht genommen, wobei Leute aus dem Finanzministerium, der Abteilung für Überseehandel, der Bank von England und «den großen wirtschaftlichen Organisationen» herbeigezogen werden sollen.

«Der Außenminister könnte seine Arbeit viel besser verrichten, wenn er in seinem eigenen Ministerium Leute zur Hand hätte, die ihn fachmännisch in wirtschaftlichen sowie Fragen des Handels usw. beraten und ihn in jenen Schritten auf diesem Gebiete unterstützen könnten, die er im Ausland zu unternehmen hat...» «Wir betrachten es als die wichtigste Frage, dazu zu sehen, daß der Staatsdienst nicht die Leute abschreckt, sondern ihn in einer Weise anziehend macht, daß er als Betätigungsfeld für fachkundige Männer und Frauen aller Gesellschaftsschichten erscheint...» «Schon vor dem Krieg waren unsere internationalen Beziehungen nicht so sehr abhängig von der reinen Außenpolitik, sondern vor allem von wirtschaftlichen, industriellen und finanziellen Fragen. Es ist durchaus klar, daß, wenn wir fortschrittlich sein wollen, wir unserem Außenministerium irgendeine Abteilung angliedern müssen, die sich mit internationalen wirtschaftlichen und finanziellen Problemen befaßt.»

In der Erkenntnis obiger Entwicklungstendenzen hat sich der Britische Gewerkschaftsbund schon lange vor dem Krieg für den engsten Kontakt der einzelnen Ministerien mit der gewerkschaftlichen Landeszentrale oder den in Frage kommenden Berufsverbänden eingesetzt, wobei schon damals zum Ausdruck kam, daß die Behandlung wirtschaftlicher Fragen vor allem

auch eine Angelegenheit der Außenpolitik des britischen Außendienstes ist. Was die Form der Einvernahme der Gewerkschaften und der Zusammenarbeit mit ihnen betrifft, so befaßte sich insbesondere der britische Gewerkschaftskongreß des Jahres 1928 in Swansea mit diesem Problem. Der Gewerkschaftsbund brachte zum Ausdruck, daß die Arbeiterbewegung als wichtiger Sektor der nationalen Gemeinschaft Anspruch darauf erhebt, in allen Kommissionen und Komitees, bei allen Besprechungen und Verhandlungen vertreten zu sein, die sich mit wirtschaftspolitischen Fragen befassen. Die Vertretung soll, so wurde verlangt, in der Weise erfolgen, daß die Exekutive des Gewerkschaftsbundes eingeladen wird, Listen von Vertretern einzusenden, aus denen der in Frage kommende Minister seine Wahl treffen kann. Die auf diese Weise ernannten Vertreter sollen nicht als Vertreter der Exekutive des Gewerkschaftsbundes betrachtet werden, die durch Beschlüsse des Gewerkschaftsbundes in jeder Einzelheit gebunden sind, sondern sie sollen je nach den Umständen freie Hand haben, wobei sie natürlich die allgemeine Politik des Gewerkschaftsbundes nicht aus den Augen verlieren dürfen. Wird ein Komitee oder eine Instanz ernannt, die sich mit den besonderen Fragen einer speziellen Industrie befaßt, so soll sich laut Beschluß des Kongresses von Swansea der in Frage kommende Minister direkt an diesen Verband wenden und ihn um die Ernennung von Vertretern bitten.

Zu Beginn dieses Krieges sind im Sinne dieser Politik, die schon vorher weitgehend Eingang gefunden hat, alle Minister vom Ministerpräsidenten erneut aufgefordert worden, den Gewerkschaftsbund oder die in Frage kommenden Verbände in Angelegenheiten, die sie speziell interessieren, einzuvernehmen. Auch Churchill hat sich bei seinem Amtsantritt auf diesen Boden gestellt, und die Zusammenarbeit hat sich alles in allem bewährt.

Noch in ihrer im November vergangenen Jahres abgehaltenen Sitzung hat die Exekutive des Gewerkschaftsbundes die angeschlossenen Verbände an den oben geschilderten Modus erinnert und sie aufgefordert, darauf zu sehen, daß, bevor Funktionäre irgendwelche Vertretungen in irgendwelcher Regierungskommission oder Instanz annehmen, die erwähnten Schritte und Einvernahmen stattgefunden haben.

In diesem Sinne haben die Gewerkschaften in zahlreichen sehr wichtigen Kommissionen und Instanzen Vertretungen erhalten. Nachstehend geben wir einige der wichtigsten Beispiele wieder:

Im Beratenden Ausschuß für die nationale Produktion, der Probleme behandelt, die sich ergeben aus der örtlichen Lage von Industrien, der industriellen Publizität, der Umgestaltung von Fabrikationsverfahren, der Brennstoff- und Wasserversorgung, dem Bau von Fabriken in Distrikten, die sich dafür eignen und gefördert werden sollen, der Verteilung der Ferien, der Organisierung des Arbeitsnachweises usw. ist der Gewerkschaftsbund mit 6 Delegierten vertreten. Dazu kommen je 3 Vertreter der beiden großen Unternehmerorganisationen und 11 Vizevorsitzende regionaler Ämter, von denen 5 Gewerkschafter sind. Der Vorsitzende der Kommission, der Produktionsminister, hat verschiedene Male in der Exekutive des Gewerkschaftsbundes über wichtige wirtschaftliche und indu-

strielle Umstellungen usw. Vortrag gehalten. Ein Departement, das sich ausschließlich mit Änderungen in der wirtschaftlichen Produktion befaßt, besonders auch im Hinblick auf Konflikte in der Industrie infolge mangelnder Aufklärung über Produktionsgestaltungen, unterrichtet regelmäßig die Leitungen der wichtigsten Verbände über die in Frage kommenden Maßnahmen. In der Flugzeugindustrie besteht in paritätischen Produktionskomitees eine enge Zusammenarbeit zwischen den einschlägigen Firmen und den zuständigen Gewerkschaften. In einer einzigen Konferenz sind von seiten der Arbeiter nicht weniger als 200 vorgängig schriftlich unterbreitete Fragen aus über 70 paritätischen Produktionskomitees einzelner Firmen besprochen worden. Allein in der Maschinenindustrie und verwandten Gewerben gibt es insgesamt 4500 paritätische Produktionskomitees, wovon 1600 in Unternehmen, die weniger als 150 Arbeiter beschäftigen. In den einzelnen Distrikten sind insgesamt 82 paritätische Distriktsproduktionskomitees vorhanden.

Auf dem Gebiete des Submissionsverfahrens, das natürlich durch den Krieg eine große Bedeutung erhalten hat, ist vom Gewerkschaftsbund zum Ausdruck gebracht worden, daß natürlich der Abschluß von Kontrakten weiterhin zentral bei der Regierung erfolgen soll, hingegen sollen regionale Ämter eingehend über den Abschluß von Verträgen auf dem laufenden gehalten werden, und es sollen keine Arbeiten vergeben werden, solange nicht Einwände der regionalen Ämter zentral einheitlich geprüft worden sind. Auf diesem Gebiete wie in Fragen der nationalen Produktion im allgemeinen sollen «die Gewerkschaften voll ins Vertrauen gezogen werden».

Im Rahmen des Arbeitsministeriums ist ein paritätisches beratendes Komitee wirksam, in dem die Gewerkschaften durch 7 Delegierte vertreten sind und das sich bereits seit einiger Zeit intensiv auch mit Nachkriegsfragen befaßt.

Ein Komitee des Gewerkschaftsbundes für Rationierungsfragen und Preispolitik arbeitet beratend mit dem Ernährungsministerium zusammen. Als im Jahre 1943/44 schwerwiegende Rationierungsmaßnahmen auf dem Bekleidungssektor durchgeführt werden mußten, fanden verschiedene vertrauliche Besprechungen mit dem Handelsministerium statt. Schon heute werden in diesem Rahmen sehr intensiv die Ernährungs- und Preisprobleme der Zeit nach dem Krieg behandelt.

Ein paritätisches Wiederaufbaukomitee, das vom Wiederaufbauminister präsiert wird, hat die Aufgabe, «einen gegenseitigen Meinungsaustausch zwischen Vertretern der Arbeiter und der Industrie sowie dem Ministerium zu pflegen in wichtigen Fragen der allgemeinen Politik, wie sie sich aus dem Wiederaufbau nach dem Krieg ergeben». Abgesehen von dieser Zusammenarbeit, ist der Gewerkschaftsbund befugt, «besondere Probleme direkt mit dem zuständigen Minister zu behandeln».

Auf Ersuchen des Handelsministeriums hat schon im Jahre 1944 eine Besprechung mit dem Wirtschaftskomitee des Gewerkschaftsbundes stattgefunden, anläßlich welcher lebenswichtige Fragen für die Zeit nach dem Krieg behandelt worden sind, so die Probleme der wirtschaftlichen Umstellungen nach dem Krieg sowie jene auf dem Gebiete des Außenhandels.

Der Handelsminister richtete in diesem Zusammenhang einen Brief an die Unternehmerorganisationen, der sich mit den Schwierigkeiten in der Herbeiführung der Vollbeschäftigung befaßt, ferner mit den voraussichtlichen Verhältnissen auf dem Gebiete der Finanzierung der Wirtschaft, der Herstellung neuer Warentypen nach dem Krieg usw.

Dieser Brief enthält einen Abschnitt, in dem ausdrücklich gesagt wird, daß sich der Handelsminister auch mit den Gewerkschaften ins Einvernehmen setzen werde, bevor entscheidende Diskussionen über diese Fragen stattfinden. In diesem Sinne hat sich der Gewerkschaftsbund auch mit seinen Verbänden in Verbindung gesetzt.

In einer Zusammenkunft mit dem Handelsminister setzte sich der Gewerkschaftsbund für einen noch engeren Kontakt ein in der Behandlung von Nachkriegsfragen. Der Handelsminister ging sofort auf diesen Vorschlag ein, und die Exekutive des Gewerkschaftsbundes befaßte sich mit der Angelegenheit, wobei drei Möglichkeiten in Aussicht genommen worden sind: 1. Erweiterung der Befugnisse des Rationierungs- und Preiskomitees, das sich mit allen Wiederaufbaufragen beschäftigen soll, die sich aus der Wirksamkeit des Handelsministeriums in Wiederaufbaufragen ergeben können. 2. Aufrechterhaltung des Kontaktes mit dem Handelsministerium und allen andern Regierungsdepartementen über das bereits bestehende paritätische Wiederaufbaukomitee. 3. Regelmäßig und oft abzuhaltende Sitzungen des Wirtschaftskomitees des Gewerkschaftsbundes mit dem Handelsminister, bzw. die Errichtung eines Komitees des Gewerkschaftsbundes, das sich aus Mitgliedern der Wirtschaftsabteilung des Gewerkschaftsbundes zusammensetzen soll, die regelmäßig mit dem Handelsminister über Wiederaufbaufragen zu verhandeln hätten. Schließlich ist der letzteren Möglichkeit der Vorzug gegeben worden, so daß in Zukunft ungefähr alle zwei Monate Sitzungen zwischen dem Wirtschaftskomitee des Gewerkschaftsbundes und dem Handelsminister stattfinden werden.

In diesem Zusammenhang mag noch erwähnt werden, daß im Jahre 1944 eine Delegation amerikanischer Arbeiter 26 Industriezentren Englands besucht und in Kontakt mit britischen Gewerkschaftsfunktionären die Industrien dieser Zentren eingehend studierte. Am Schluß der Studienfahrt gaben die amerikanischen Arbeiter der Meinung Ausdruck, daß ein solcher gegenseitiger offizieller Austausch von Arbeiterdelegationen zwischen den beiden Ländern für die Arbeit und die Produktion Englands und der USA «von unschätzbarem Wert sein könnten, insbesondere im Hinblick auf die allgemeinen wirtschaftlichen Beziehungen nach dem Krieg».

Als sich der Gewerkschaftsbund im Jahre 1944 schriftlich in der Frage der Demobilisierung nach dem Krieg an den Ministerpräsidenten wandte, teilte Churchill mit, daß «er zum Prinzip der Einvernahme der Gewerkschaften stehe und eine Zusammenarbeit noch nie notwendiger gewesen sei».

Auch in dem Schreiben, das Ministerpräsident Churchill an den im Februar dieses Jahres in London abgehaltenen Weltgewerkschaftskongreß richtete, wird ausdrücklich unterstrichen, daß die Zusammenarbeit zwi-

schen Regierung und Gewerkschaften «auch in den kommenden Jahren nicht weniger wichtig sei». Churchill fügte bei, er sei überzeugt, daß die gleichen hohen Auffassungen auch in den andern auf der Konferenz vertretenen Ländern Geltung haben und haben werden.

Daß die Zeit des Liberalismus in England auch nach diesem Krieg vorbei sein wird, zeigt insbesondere das zurzeit in Behandlung stehende «Gesetz über die Verteilung der Industrien», das die Regierung in der Nachkriegszeit in die Lage versetzen soll, für eine richtige Verteilung der verschiedenen Wirtschaftszweige über das ganze Land zu sorgen, wobei «darauf geachtet werden soll, die industrielle und soziale Entwicklung in Gebieten zu fördern, in denen eine spezielle Gefahr der Arbeitslosigkeit besteht». In diesem Sinne gibt das Gesetz der Regierung sehr weitgehende Befugnisse, so auf dem Gebiete des Ankaufs von Land und Gebäulichkeiten, der Errichtung von Fabriken, der Gewährung von Anleihen an Unternehmen, die nicht für Gewinn arbeiten, usw.

In seiner Rede auf dem Weltgewerkschaftskongreß faßte Arbeitsminister Bevin die oben dargelegten Tendenzen im Namen der Gewerkschaften in die Worte zusammen: «Wir haben die Methode, auf Grund deren wir lediglich um Vernehmlassungen gebeten worden sind, weit hinter uns gelassen und einen Punkt erreicht, wo nahezu nichts mehr geschehen kann, ohne daß wir direkt befragt werden. Dieser Fortschritt ist etwas, auf das wir nicht verzichten dürfen.»

In seinem Nachkriegsprogramm räumt der Britische Gewerkschaftsbund dem Außenhandel und dem internationalen Handel einen wichtigen Platz ein, insbesondere auch im Hinblick auf die Forderungen auf dem Gebiete der Kapitallenkung, die auch in bezug auf die Kapitalanlagen im Auslande erhoben werden. Es heißt in diesem Zusammenhang im Nachkriegsprogramm des Britischen Gewerkschaftsbundes wörtlich: «Bei der Prüfung der internationalen Hintergründe der Politik der vollen Beschäftigung wird im diesbezüglichen Weißbuch der Regierung erklärt, die Erreichung eines hohen und regelmäßigen Beschäftigungsgrades hänge von einer angemessenen Erweiterung des Ausfuhrhandels ab. Es untersteht wohl keinem Zweifel, daß Großbritannien nach dem Krieg mehr exportieren muß. Dabei stellt sich vor allem das Problem der Bezahlung der zur Aufrechterhaltung unseres Lebensstandards notwendigen Einfuhren. Dieses Problem kann und darf nicht nur durch Versuche der Erweiterung des Exporthandels und noch weniger auf Grund der traditionellen Methoden einer halsabschneiderischen Konkurrenz gelöst werden. Es verlangt die öffentliche Regelung und Planung unseres ganzen Außenhandels.»

In einem anderen Zusammenhang wird gesagt: «Die Regierung muß sich insbesondere mit der Erhaltung und Erweiterung der Landwirtschaft befassen, was sowohl im Hinblick auf die öffentliche Gesundheit als auch den Außenhandel von ausschlaggebender Bedeutung sein wird.»

Was die Heranziehung von Exponenten der Arbeiterschaft im britischen Außendienst betrifft, so entspricht sie logischerweise der weitgehenden Heranziehung im nationalen Rahmen und im innern Staatsapparat, dessen Kenntnis ja die Grundlage und Voraussetzung dieser Heranzie-

hung zum politischen Außendienst ist. Es braucht darüber im Falle Englands kein Wort verloren zu werden. Im englischen politischen Außendienst trifft man Leute aus allen Parteien und Gesellschaftsschichten an, wobei infolge der Möglichkeit des sogenannten gesellschaftlichen Aufstieges durch das Oberhaus und die Erhebung in die Stufe des Adelsstandes ein Unterschied in bezug auf die soziale Herkunft überhaupt nicht mehr festzustellen ist und deshalb auch nicht mehr gemacht wird. Männer aus der Arbeiterschaft werden, trotzdem sie nicht einmal politisch hervortreten — man denke an Sir Walter Citrine, den Generalsekretär des Britischen Gewerkschaftsbundes, der keine politischen Funktionen bekleidet —, zu höchsten und allerhöchsten außenpolitischen Missionen als Gesandte, Presseattachés usw. herangezogen.

In bezug auf die Ernennung von Sozialattachés (Labor Attachés) ist bereits im Jahre 1941 ein Anfang gemacht worden. R. H. Towney, der bekannte Wirtschaftssachverständige und Vorsitzende der Arbeiterbildungsvereinigung, wurde damals als Sozialattaché nach Washington gesandt. Ihm folgte später A. MacDonald Gordon, der früher im Arbeitsministerium beschäftigt war und nun seit 1942 Sozialattaché in Washington ist. Soviel uns bekannt ist, gibt es auch Sozialattachés in den britischen Gesandtschaften in Paris, Rom, Brüssel und Stockholm.

Wenn eine Zeit kommen soll, wo auf dem Gebiet internationaler politischer und wirtschaftlicher Beziehungen nicht mehr Anarchie herrscht, sondern die Völker zu ihren Verträgen und Abmachungen stehen, so müssen eben die Vertreter aller Schichten der Bevölkerung beim Abschluß solcher diplomatischer Instrumente und wirtschaftlicher Verträge direkt anwesend sein und ihre direkte Zustimmung oder Ablehnung zur Kenntnis geben können. Nur dann ist Hoffnung vorhanden auf ein geordnetes und rechtlich gesundes Zusammenleben der Völker. Arbeitsminister Bevin hat diesen Punkt in seiner Rede am Weltgewerkschaftskongreß ganz besonders unterstrichen und in diesem Zusammenhang unter anderm gesagt: «Einer der größten Übelstände bei der Behandlung auswärtiger und internationaler Abmachungen muß darin gesehen werden, daß solche Fragen in der Vergangenheit ausschließlich die Angelegenheit von Diplomaten und Königen sowie der Staatsoberhäupter waren. Wenn die Verhandlungen in diesem Rahmen den toten Punkt erreichten, folgte eben einfach der Krieg. Wie jedes nationale Gesetz in jedem Lande national moralisch gestützt werden muß — ohne moralische Stütze kann auch national die Ordnung allein mit der Polizei nicht aufrechterhalten werden —, so muß über internationale Abmachungen, Verträge und Gepflogenheiten eine ähnliche moralische Kraft gesetzt werden, die sagt, was getan und nicht getan werden darf, und die dazu sieht, daß das internationale Gesetz und die internationalen Beziehungen auf den höchsten Plan der Integrität und der Einhaltung gegenseitiger Verpflichtungen gestellt werden.»

Wenn man die Verhältnisse in den

Vereinigten Staaten

prüfen will, so muß man verschiedene Tendenzen auseinanderhalten. Die

Vereinigten Staaten haben als Land gewaltiger Rohstoffvorkommen und eines äußerst konkurrenzfähigen Industrieapparates einerseits ein großes Interesse an einer möglichst freien und unbehinderten Weltwirtschaft, andererseits ist die Binnen- und Außenwirtschaft weitgehend gebunden infolge der politischen und wirtschaftlichen Rolle, die die USA zum Teil aus eigenen Stücken in diesem Krieg übernommen haben und die ihnen zum Teil zwangsläufig durch die Beanspruchung ihres Wirtschaftspotentials seitens der meisten kriegführenden Länder während dieses Krieges zugefallen ist.

Man wird deshalb beide Tendenzen, jene der Befreiung von staatlichen Banden und jene der weitgehenden staatlichen Einflußnahme auf die zukünftige internationale Wirtschaftspolitik berücksichtigen müssen.

Diese beiden Tendenzen kommen schon in schärfster Form im System der Pacht- und Leihhilfe zum Ausdruck, wie es sich im Laufe des Krieges herausgebildet und auf die ganze Welt ausgedehnt hat (England, Frankreich, Rußland, China, Türkei, Ägypten, Irak, Iran, Liberien, Saudi-Arabien, Australien, Neuseeland, Chile usw.).

Das Pacht- und Leihsystem hat die Bedeutung einer gewissen behördlichen Bewirtschaftung der Rohstoffe, wobei zum Beispiel in den Abmachungen mit Großbritannien schon heute sogar dafür gesorgt ist, daß England die auf diese Weise erfolgende Belieferung mit billigen Rohstoffen nicht etwa dazu benützt, im freien Spiel der Kräfte den englischen Export auf Kosten der amerikanischen Ausfuhr zu forcieren oder schon heute im Hinblick auf die Nachkriegszeit auf neue Märkte vorzustoßen. Die englische Regierung mußte sich deshalb im Zusammenhang mit den Pacht- und Leihlieferungen verpflichten, die englische Ausfuhr nur insoweit aufrechtzuerhalten, als dies unumgänglich notwendig ist zur Kompensierung unentbehrlicher Einfuhren fremder Waren.

Schon heute scheint es sicher, daß das Pacht- und Leihsystem, also eine gewisse internationale Plan- und Zwangswirtschaft, auch in der ersten Nachkriegszeit in Kraft bleiben wird und deshalb alle Länder, die nach dem Krieg wieder auf dem Weltmarkt tätig sein wollen, dies (auch im Hinblick auf die großen Verschuldungen unter den Vereinten Nationen) nicht mehr in althergebrachter Weise vorwiegend über die Privatinitiative werden tun können. Sie werden gezwungen sein, sich auch auf diesem Gebiet insofern über ihre diplomatischen Vertretungen einzuschalten, als der Partner ebenfalls durch politische Abmachungen und Verpflichtungen wirtschaftlich gebunden ist.

Wie sehr die Wirtschaftspolitik in den USA staatliche Domäne geworden ist, geht aus den verschiedensten offiziellen Erklärungen hervor, so vor allem aus der Denkschrift des Staatsdepartements vom 22. März 1944 über die Prinzipien der amerikanischen Außenpolitik. Schon im ersten Satz wird gesagt, daß es sich darum handle, «klar die eigenen Interessen zu sehen». Wenn einerseits deutlich gegen Interessensphären, besonders Allianzen usw. Stellung genommen und sogar der Abbau der Zollschranken verlangt wird, heißt es andererseits in dieser Denkschrift in einem Artikel über die «internationalen Finanzen» zum Beispiel ebenso nachdrücklich, daß «ein System der finanziellen Beziehungen eingeführt werden müsse.

das gestattet, Rohstoffe so zu produzieren, zu transportieren und zu verarbeiten, daß sie der Befriedigung des Bedarfs dienen können». Wenn einerseits das «Amt für die Planung der nationalen Hilfsquellen» nicht sehr beliebt war, so wird anderseits die amerikanische Regierung doch nicht um gewisse Planungen herumkommen, die bei der Durchführung jener Versprechungen für die Nachkriegszeit nötig werden, Sie werden Maßnahmen wirtschaftsstruktureller Natur verlangen, die über die Möglichkeiten und die Tragfähigkeit des althergebrachten liberalen Wirtschaftssystems hinausgehen.

Der Staat schaltet sich deshalb heute schon im ureigensten Interesse selber ein, um jene wirtschaftlichen Hintergründe schaffen zu können, die er zur Verwirklichung seiner sozialen Versprechungen nötig hat und die er nicht dem Zufall des freien wirtschaftlichen Kräftespiels und Wettbewerbs überlassen kann.

Wir erinnern in diesem Zusammenhang an das Fünfpunkte-Programm des amerikanischen Staatsdepartements, das sich unter anderm folgenden, auch für uns Schweizer wichtigen Punkt zum Ziele setzt:

«Ausdehnung des amerikanischen Außenhandels über die ganze Welt zur Aufrechterhaltung der Vollbeschäftigung im eigenen Lande und Einleitung einer Ära der ständigen Produktions- und Verbrauchserhöhung, verbunden mit einer Steigerung des Lebensstandards, zusammen mit allen Vereinigten Nationen.»

Was die Formen der erwähnten staatlichen Einflußnahme betrifft, so stellen sie sich in den USA in bezug auf die Heranziehung und Berücksichtigung der Arbeiterschaft vorläufig noch völlig anders dar als zum Beispiel in England oder Schweden, wo die Entwicklung ungefähr die gleiche ist.

Immerhin läßt sich sagen, daß sich in den USA schnelle und große Veränderungen vollziehen. Wie sehr der absolute Liberalismus bis vor nicht allzu langer Zeit im ganzen nationalen Wirtschaftsleben verankert war, zeigt die Tatsache, daß sich die Gewerkschaften noch im Jahre 1930 energisch gegen jegliche Sozialversicherung aussprachen, in der sie eine eines freien Amerikaners unwürdige Beschränkung der Freizügigkeit erblickten. Die große Krise brachte dann bald darauf den «New Deal», die neue Sozial- und Wirtschaftspolitik Roosevelts. Es kam das Gesetz über die soziale Sicherheit, das für die ganze Sozialpolitik entscheidende Rahmengesetz. Es folgten ferner die großen planwirtschaftlich gedachten Arbeitsbeschaffungswerke der Regierung, die Bestrebungen zugunsten von Minimallöhnen, eines minimalen Jahreseinkommens und der Vollbeschäftigung, alles Neuerungen, die die engste Zusammenarbeit der Regierung mit den Gewerkschaften zur Voraussetzung haben und in Zukunft noch mehr haben werden. Daneben laufen die Bestrebungen der amerikanischen Gewerkschaften zugunsten einer direkten Zusammenarbeit mit den Unternehmern weiter. Sie kommen neuerdings insbesondere zum Ausdruck in der geplanten Errichtung eines gemeinsamen nationalen Komitees der beiden großen gewerkschaftlichen Landeszentralen, der AFOL und der CIO, mit den durch die amerikanische Handelskammer vertretenen Unter-

nehmern. Diese Initiativen sind untermauert worden durch einen Briefwechsel zwischen den drei Organisationen und Roosevelt (eine Synthese der Zusammenarbeit einerseits mit der Regierung und andererseits mit der Wirtschaft, die vielleicht auch für die Schweiz Anregungen bieten könnte).

Da die Entwicklung der politischen Arbeiterbewegung noch stark im Rückstand ist und die politische Einflußnahme deshalb noch nicht mit jener in europäischen Ländern verglichen werden kann, sind die eben erwähnten Formen der Einflußnahme von besonderer Bedeutung. Die Einflußnahme der Gewerkschaften erhält dadurch ein ganz besonderes Gewicht. Schon vor dem Krieg konnte man regelmäßig lesen, daß bekannte Führer des Amerikanischen Gewerkschaftsbundes gebeten worden sind, in Kommissionen des Senats usw. Vortrag zu halten über wichtige wirtschaftliche und politische Angelegenheiten. Die direkte politische Einflußnahme ist nunmehr in neuester Zeit gewaltig gefördert worden durch das von der CIO, der großen Organisation der Industrieorganisationen, gegründete «Komitee für politische Aktion», das bei der letzten Wahl Roosevelts einen entscheidenden Einfluß ausübte.

Wie eng die Beziehungen zwischen dem Weißen Haus und den Gewerkschaften sind, geht aus dem auch in der Presse bekannt gewordenen regen Briefwechsel Roosevelts mit dem Amerikanischen Gewerkschaftsbund hervor. Regelmäßig nehmen hohe und höchste Regierungsbeamte an den amerikanischen Gewerkschaftskongressen teil. An den letzten Gewerkschaftskongreß hat Roosevelt eine spezielle Botschaft gerichtet, in der er sein großes Bedauern aussprach, nicht persönlich dem Kongreß beiwohnen zu können. General Eisenhower richtete an den letzten britischen Gewerkschaftskongreß eine Botschaft des Dankes für die Anstrengungen der Arbeiter auf dem Gebiete der Kriegsproduktion. Donald M. Nelson, der Leiter des Kriegsproduktionsamtes der USA, pflegte anlässlich eines Besuches in England einen ausführlichen Gedankenaustausch mit der Exekutive des Britischen Gewerkschaftsbundes.

Daß auch die USA bestrebt sind, den politischen Außendienst unter unorthodoxer Heranziehung der weitesten Kreise auszubauen, zeigt der von Außenminister Stettinius durchgeführte Plan der Entsendung von Experten durch die ganze Welt zum Studium der Arbeit und Wirksamkeit der amerikanischen Gesandtschaften und Konsulate sowie zum Zwecke der Ausgestaltung und Verbesserung des außenpolitischen Apparates. Eine Gruppe wurde für Südamerika, eine andere für Afrika und eine dritte für den Mittleren Osten bestimmt. Um möglichst objektive Feststellungen zu gewährleisten, ist hauptsächlich darauf geachtet worden, Fachleute außerhalb des Staatsapparates mit heranzuziehen.

Im Zusammenhang mit diesen Bestrebungen ist von offizieller Stelle erklärt worden, daß «die Verantwortlichkeiten des Außendienstes dauernd und in nie dagewesenem Maße zunehmen in einer Zeit der politischen, sozialen und wirtschaftlichen Umwälzungen. Dem Außendienst wird eine objektive Überprüfung und Umgestaltung seiner Verwaltung sehr zugute kommen. Im Hinblick auf die Zusammensetzung der Abordnungen kann mit gesunden Empfehlungen gerechnet werden für die bessere Wirksamkeit unseres Außendienstes, der in erster Linie unsere Re-

gierung im Ausland zu vertreten hat». Staatssekretär Grew fügte bei, daß der politische Außendienst «die erste Verteidigungslinie des Landes ist und nichts unterlassen werden darf, um ihn zu stärken. Wir sind überzeugt, daß diese Besuche überwachter Komitees uns in die Lage versetzen werden, die Verhältnisse im Ausland besser zu verstehen und herauszufinden, was unsere Vertretungen und Konsulate nötig haben, um ihre Arbeit besser leisten zu können».

Auch die Vereinigten Staaten haben bereits zahlreiche Sozialattachés ernannt. Ein Anfang wurde zunächst in den lateinamerikanischen Ländern gemacht, die bekanntlich für die Vereinigten Staaten eine äußerst wichtige wirtschaftliche Rolle spielen. Insgesamt gibt es ungefähr 10 solcher Sozialattachés, so unter anderm in Mexiko, Kuba und Bolivien. In den wirtschaftlich führenden Ländern der Welt sollen total ungefähr 30 solcher Attachés eingesetzt werden, von denen 20 bereits ernannt sind. Labor-Attachés wurden der diplomatischen Vertretung der Vereinigten Staaten in London, Paris, Rom, Brüssel, Stockholm und Bern beigegeben. Endlich gehört auch dem Stab der amerikanischen Behörden in Deutschland ein Labor-Attaché an. Weitere Sozialattachés sind in Ausbildung begriffen oder bereits unterwegs nach andern Ländern, so nach den Niederlanden, Österreich, Polen, Australien, Kairo, Kanada und Südafrika. Alle diese Sozialattachés gehören dem Stab des auswärtigen Dienstes der USA an. Die Labor-Attachés senden ihre Berichte einer innerhalb des Außendienstes des Staatsdepartements gebildeten Abteilung für internationale Sozial-, Arbeiter- und Hygienefragen.

Neuerdings scheint auch die französische Regierung die Absicht zu haben, die Ernennung von Sozialattachés vorzunehmen.

Wenn in diesem Zusammenhang auch die

UdSSR

erwähnt werden soll, so hauptsächlich deshalb, um daran zu erinnern, daß die Sowjetunion im Gefüge der Weltwirtschaft in Zukunft eine ausschlaggebende Rolle spielen wird, und zwar auf Grund des Außenhandelsmonopols. «Das Wirtschaftsleben wird», wie es in der Verfassung ausdrücklich heißt, «bestimmt durch den staatlichen Plan der nationalen Wirtschaft im Hinblick auf die Erhöhung des sozialen Reichtums, die fortdauernde Hebung der materiellen und kulturellen Lage der Arbeiter, ferner durch die Stärkung der Unabhängigkeit der UdSSR und ihrer nationalen Verteidigungskraft». Es wird ausdrücklich gesagt, daß zu den Befugnissen der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken durch die höchsten Organe der Staatsverwaltung unter anderm auch «der Außenhandel auf der Grundlage des Staatsmonopols» gehört. Der Rat der Volkskommissäre «sichert die Einheitlichkeit und Leitung» der Wirksamkeit der verschiedenen Volkskommissariate sowie «der andern wirtschaftlichen und kulturellen Institutionen», für die er zuständig ist. Er «ergreift die Maßnahmen auf dem Gebiete der Durchführung des nationalen Wirtschaftsplanes, des Budgets des Staates und für die Festigung des Währungs- und Kreditsystems». Er hat die «allgemeine Leitung inne auf dem Gebiete der Beziehungen mit andern Staaten».

Dies bedeutet, daß der Handel mit Rußland, der seinerseits naturgemäß vollständig über seinen politischen Außendienst geht, auch unsererseits weitgehend über den Sektor unserer wirtschaftlichen außenpolitischen Vergehens zu laufen hat, und zwar nicht nur gegenüber Rußland, sondern auch bei den Ländern, die seinem Einfluß unterstehen oder seine wirtschaftlichen Partner sind. Inwieweit hier die Gewerkschaften eine Rolle spielen können, sowohl von Rußland als auch von den Ländern außerhalb Rußlands aus gesehen, läßt sich heute noch nicht mit Bestimmtheit sagen, da die Wirksamkeit der Gewerkschaften in Rußland – und anderswo! – vorläufig vorwiegend auf sozialpolitische Kompetenzen interner Natur beschränkt scheint. Immerhin mag in diesem Zusammenhang erwähnt werden, daß zum Beispiel der russischen Delegation der Konferenz von San Franzisko auch Gewerkschaftsvertreter angehörten und Molotow sich energisch für die allgemeine Vertretung der Gewerkschaften aller Länder an der Konferenz eingesetzt hat. Es ergibt sich daraus, wieviel noch vorgekehrt und wieviel umgelernt werden muß, um der Vertretung der Verbände der Arbeiterschaft das ihnen zukommende Gewicht und Mitspracherecht zu gewährleisten. Jene Länder, die in dieser Beziehung am schnellsten den Zug der Zeit begreifen, werden auch die größten Vorteile daraus ziehen. Sicherlich kommt man der Klärung dieses Problems nur näher, und zwar in einer für die Demokratien günstigen Weise, wenn die Regierungen der demokratischen Länder ihren Arbeiterorganisationen so viele Entwicklungsmöglichkeiten sowie nationale und außenpolitische Kompetenzen geben, daß sich die demokratischen Auffassungen in bezug auf die Gestaltung des Verhältnisses zwischen Kapital und Arbeitskraft voll gegenüber den autoritären staatswirtschaftlichen Auffassungen, wie sie gerade Rußland vertreten dürfte, geltend machen zu können.

Schlußfolgerungen auf internationalem Gebiet

Das Ende des Krieges wird, auch wenn die Allianz der Siegermächte noch so fest begründet scheint, den Beginn entscheidender Auseinandersetzungen zwischen zwei Wirtschaftssystemen bringen: zwischen dem liberalen System der Demokratien und dem staatssozialistischen System der UdSSR. Die UdSSR wird dabei ihre sicherste Waffe darin erblicken und finden, daß sie versucht, die kapitalistisch-liberale Welt mit ihren eigenen Spielregeln zu schlagen. Die Demokratie kann dabei nur die Oberhand behalten, wenn sie politisch und wirtschaftlich alle Kräfte mobilisiert, die ihr innewohnen, so vor allem auch die Kräfte der Arbeiterbewegung und der freien Gewerkschaften. Wenn der Demokratie dies nicht gelingt oder wenn sie zögert, wird es wahrscheinlich um sie geschehen sein.

Daß dem so ist, zeigt sich am deutlichsten auf dem Gebiet internationaler Bestrebungen und Institutionen, das heißt bei den Entwicklungen in der Richtung auf einen neuen Völkerbund, der Umgestaltung des Internationalen Arbeitsamtes und des Internationalen Gewerkschaftsbundes.

Es ist kein Zufall, daß in den Beschlüssen von Dumbarton Oaks mit keinem Wort an die grundsätzlichen Wirtschaftsprobleme und Notwendigkeiten gerührt wird, daß das Los des Internationalen Arbeitsamtes durch-

aus unsicher und die Haltung der UdSSR gegenüber dem Internationalen Arbeitsamt durchaus unbestimmt ist.

Das Internationale Arbeitsamt hat in den Kriegsjahren seine Arbeit fortgesetzt. Es faßte gewisse grundsätzliche Umstellungen ins Auge, die die demokratische Behandlung wirtschaftlicher Fragen garantieren und damit jene internationale Wirtschaftsdemokratie herbeiführen könnten, ohne die sich auch die politische Demokratie in der kommenden Welt nicht wird halten können.

In dieser Beziehung ist die Verlegung des Schwergewichts von ausschließlich sozialpolitischen auf wirtschaftliche Fragen von besonderer Wichtigkeit. Sie soll sich darin zeigen, daß das Internationale Arbeitsamt zunächst einmal überhaupt wirtschaftliche Kompetenzen erhält und sich darum kümmern kann, daß die Wirtschaft in die Lage kommt, jene materiellen Mittel zu erarbeiten, die die Voraussetzungen für die Erfüllung sozialpolitischer Forderungen und besonders der «sozialen Sicherheit» schaffen können. Dies ist nur möglich, wenn die einzelnen Industrien das geben können, was man von ihnen verlangt und was sich aus ihnen – wenn überhaupt – nur bei einer internationalen Organisation und Zusammenarbeit wird schöpfen lassen.

Wenn die Wirtschaftsdemokratie verwirklicht und damit der demokratische Gedanke sowie die demokratische Staatsauffassung gerettet werden sollen, so müssen sich alle demokratischen Regierungen schleunigst und in entschlossenster Weise mit diesem Problem befassen und seine Lösung an die Hand nehmen.

Die Voraussetzung dazu ist, daß die Wirtschaftsdemokratie zunächst einmal national verwirklicht, daß national die Arbeiterschaft so herangezogen und eingeschaltet wird, um diesen wirtschaftsdemokratischen Bestrebungen auch international das nötige Gewicht geben zu können, wobei der politische Außendienst, über den allein die andern nationale Gegebenheiten festgestellt und internationale Möglichkeiten vorwärts getrieben werden können, besonders auch der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung offen stehen muß und sie dort eingeschaltet werden müssen. Geschieht dies nicht, so kann es nicht ausbleiben, daß andere politische und wirtschaftspolitische Kräfte die Oberhand erhalten und damit auch die politische Demokratie national und international in größte Gefahren gerät.

Die Demokratien können sich nur festigen und bewähren, wenn Beschlüsse, wie sie vom Weltgewerkschaftskongreß in London gefaßt worden sind, von ihnen mit größter Beschleunigung durchgeführt und berücksichtigt werden, wenn sie die Periode voll ausnützen, wo solche Beschlüsse noch im Zeichen und unter mannigfacher Anrufung der Demokratie und Freiheit gefaßt werden können.

Mit den Entschlüssen und Anregungen des Weltgewerkschaftskongresses ist den demokratischen Ländern eine Möglichkeit gegeben, in freier Zusammenarbeit jene nationale und internationale wirtschaftliche Organisation herbeizuführen, die den Auffassungen demokratischen Zusammenlebens entsprechen und allen weiteren Entwicklungen in der Richtung auf autoritäre Systeme einen Riegel schieben kann.

Schlußfolgerungen für die Schweiz

Der Schweiz fällt im Rahmen der oben dargelegten Entwicklung eine große Aufgabe zu, die sie in Zusammenarbeit mit allen demokratischen Kräften in Angriff nehmen muß, solange es noch Zeit ist. Der erste Schritt dazu ist die Sicherung der politischen Demokratie und die Schaffung der wirtschaftlichen Demokratie im eigenen Lande!

Aus den vorangehenden Kapiteln ist zu erkennen, daß auf Grund der sich geltend machenden neuen politischen und wirtschaftlichen Kräfte eine allgemeine inner- und außenpolitische Umstellung zu erfolgen hat, wobei vor allem aus dem formalpolitischen und formaldiplomatischen außenpolitischen Apparat ein wirtschaftsdiplomatischer Apparat werden muß. Das Maß dieser Umstellung darf nicht etwa von unseren Wünschen und unserer weltanschaulichen Einstellung abhängen, sondern es müssen gewisse Zwangsläufigkeiten berücksichtigt werden, die den Kurs zu bestimmen haben. Zu diesen Zwangsläufigkeiten gehört vor allem die Tatsache, daß ein großer Teil des Volumens des zukünftigen Welthandels staatlich gelenkt sein wird (UdSSR, Verwaltung Deutschlands durch die Alliierten, staatlich geförderte bzw. organisierte wirtschaftliche Expansionspolitik Englands, der USA, Chinas usw.). Der dadurch auf eine viel breitere Grundlage gestellte und damit verschärfte wirtschaftliche Konkurrenzkampf wird auch von uns eine vermehrte Einschaltung des Staates und den Weg über den Staat erheischen.

Der Erfolg der Schweiz und der kleinen Demokratien im allgemeinen wird dabei in einem hohen Maße davon abhängen, ob es gelingt, eine besonders sinnvolle Verbindung zwischen freier Wirtschaft und staatlicher Lenkung und Hilfe zu finden. Gerade diese sinnvolle Verbindung kann und muß für uns zu einem entscheidenden Faktor der Überlegenheit im internationalen Konkurrenzkampf werden. Gelingt dies nicht, so wird die Entwicklung ihren Gang gehen. Sie kann dann zu einer radikalen Umstellung führen, auch wenn niemand sie will, dem die weitestgehende Freiheit menschlicher Beziehungen und Betätigungen auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet als das erscheint, was unser selbständiges staatliches Dasein ausmacht und rechtfertigt. Es geht für uns alle darum, die soziale Sicherheit zu gewinnen, ohne politisch und wirtschaftlich das an persönlicher Freiheit zu verlieren, was das Leben lebenswert macht.

Zu diesem Zweck müssen alle eingespannt werden, die diesen Willen haben. Dazu gehören vor allem auch jene, die bis heute nicht zu Wort gekommen sind und die jenen Zuschuß an neuem Blut darstellen können, ohne den sich die Demokratie auf die Dauer nicht bewähren kann. Wir haben gesehen, daß sich Anstrengungen und Absichten in dieser Richtung außerhalb unserer Grenzen da und dort geltend machen: in England, den USA, Schweden, Frankreich, der UdSSR usw. Wir möchten diesen Feststellungen noch einige Zeugnisse beifügen, die speziell die Schweiz betreffen und nicht aus den Kreisen der Arbeiterbewegung kommen.

In einem Leitartikel der «Neuen Zürcher Zeitung» vom 25. März 1945 stellt sich Adolf Keller die Frage, ob Europa «noch eigene aufbauende Kräfte» für die Errichtung einer neuen Welt anzumelden hat. Der Autor zählt neben dem Willen zur nationalen Existenz, den übrigens gerade

die schweizerische Arbeiterschaft während dieses Krieges unter Beweis gestellt hat, die «heutige Arbeiterbewegung» zu diesen Kräften. «Hier wird», so heißt es, «wirklich politische und soziale Dynamik verfügbar. Die Arbeiterbewegung hat in stärkstem Maße den Willen zum Aufbau einer neuen Welt. Sie hat einen grenzenlosen Glauben an die unbegrenzten Möglichkeiten der menschlichen Gemeinschaft.»

Im gleichen Sinne und im speziellen Hinblick auf den politischen Außendienst führt Nationalrat Gut in der «Zürichsee-Zeitung» vom 10. Januar 1945 aus:

«Ohne heute näher darauf eingehen zu wollen, soll lediglich noch hingewiesen werden auf die wiederholt von sozialdemokratischer Seite gemachte, unseres Erachtens zutreffende Bemerkung, es seien in die Aufklärungsbemühungen, aktiv und passiv gemeint, nicht nur die diplomatischen, sondern alle Kreise einzubeziehen. Es ist klar, daß zum Beispiel ein Schweizer Gewerkschafter beim englischen Kameraden der geeigneter Mann ist, um Verständnis zu erwecken, als ein anderer, der diesen Kreisen fremd ist. Und immer mehr wird es sich um Aufklärung von Volk zu Volk handeln, nicht nur von Regierung zu Regierung.»

Mit dem letzteren Satz ist der Kern des Problems getroffen. Wenn unter Volk nicht nur ein allmächtiger Staatsapparat und seine Bürokratie gemeint sein soll, so muß das Volk, das heißt es müssen die von ihm in freier politischer und wirtschaftlicher Willensbildung geschaffenen Körperschaften in viel höherem Maße die Träger dieses Staatsapparates werden.

Nur auf diesem Wege können die Außenpolitik und der politische Außendienst einen neuen Sinn und Inhalt bekommen, ohne daß dabei im Übergangsstadium Inkompetenz dem im Wege steht, was gerade geschaffen werden soll: ein wirkungsvollerer, in Haupt und Gliedern erneuerter Apparat.

Der erste Schritt muß demnach, wie bereits gesagt, die weitestgehende Heranziehung der Vertretungen der Arbeiterschaft auf dem Boden des innenpolitischen Apparates, in seinen permanenten Körperschaften (Amtsstellen), seinen zur Behandlung einschlägiger Fragen eingesetzten Kommissionen, Komitees usw. sein. Hier, im praktischen Leben, bei der wirtschaftlichen und politischen Willensbildung, sollen sich die Kräfte schulen, bilden und bewähren, die dann in zweiter Stufe im politischen Außendienst eingesetzt werden und befruchtend wirken können. Dann kommen wir aus der «Krise des Nachwuchses», die nur eine Krise infolge falscher Methoden und nicht infolge Mangels an aufgeweckten Staatsbürgern ist, heraus. Die bessere Methode wird auch die besseren Instanzen, die Umstellung und Neubildung des ganzen Apparates herbeiführen.

Daß die Ausgangslage bei uns genau die gleiche ist wie im Falle der in den vorangehenden Kapiteln behandelten Länder, ist offensichtlich. Auch bei uns muß der Schritt von der Politik zur Wirtschaft und in andern Fällen vielleicht – auch dies mag vorkommen – gerade umgekehrt von der Wirtschaft zur wirkungsvollen Politik gemacht, das heißt, es müssen jene gesunden und bewußten Wechselwirkungen erzielt werden, die, wie wir gesehen haben, den aufgeführten neuen Bestrebungen in England und den USA zugrunde liegen.

Als im Jahre 1917 die Handelsabteilung vom Politischen Departement losgelöst und dem Volkswirtschaftsdepartement unterstellt wurde, bedeutete dies nicht etwa eine Vorwegnahme unserer heutigen Forderung der Umstellung auf das Wirtschaftliche, was schon daraus hervorgeht, daß der damalige neue Leiter des Politischen Departements die Loslösung begünstigte, weil er sich nicht sehr für wirtschaftliche Fragen interessierte. «Dies geschah», so sagen die «Basler Nachrichten» in einem der Reform des Auswärtigen Dienstes gewidmeten Artikel vom 23./24. Dezember 1944,

«zum Beginn einer Epoche, in der der Begriff ‚Schweizerische Volkswirtschaft‘ erst recht im Entstehen war und in der in allen Ländern ein völlig neues Verhältnis von Staat und Wirtschaft hervorging! Mit der vollzogenen Trennung war nicht nur eine Doppelspurigkeit geschaffen, sondern es wurde die Grundlage dafür gelegt, daß es fortan in der Schweiz zweierlei Diplomaten geben sollte, die ‚echten‘ als die sich nur die Mitglieder des Politischen Departements betrachteten, und die ‚geduldeten‘, die Wirtschaftsdiplomaten der Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartements. Die ‚echten‘ Diplomaten hielten sich zu gut, um in gemeine Fragen der Wirtschaft herabgezogen zu werden. Der ganze, verhängnisvolle Hochmut gegenüber den wirtschaftlichen Problemen, der künftig ein Merkmal der dortigen Atmosphäre werden sollte, nahm auf dem Eidgenössischen Politischen Departement seinen Anfang. Nur wenige, starke Persönlichkeiten haben sich seinem Einfluß entzogen.

Offiziell wird zwar von beiden Stellen, vom Volkswirtschaftsdepartement aus wie von seiten des Politischen Departements, immer wieder betont und unterstrichen, wie ausgezeichnet die gegenseitigen Beziehungen seien, wie reibungslos der Verkehr. Inoffiziell hört man das Gegenteil. Es ist ein offenes Geheimnis, daß der fähige Mann in der Karriere des Wirtschaftsdiplomaten gegenüber dem ‚echten‘ Diplomaten zurückgesetzt wird. Man betrachtet diesen Dienst als *quantité négligeable*; die höheren Weihen in die erhabene Kunst der Diplomatie besitzt er nicht. Der sich daraus ergebende Kleinkrieg des Prestiges spielt bis in die Auslandsvertretungen hinein. Solange der Chef der Abteilung für Auswärtiges der Auffassung huldigt, daß ihn wirtschaftspolitische Fragen nicht interessieren, wird jener Hochmut der ‚Echten‘ nie aufhören. Auch zeigt es sich, daß Fragen der Methode Ends aller Enden Fragen der Persönlichkeit sind. Wir leben in einem Zeitalter der totalen Politik, in dem der wirtschaftliche Daseinskampf eines Landes ebenso wichtig ist wie sein politischer. Beide Zweige der Auslandsvertretung arbeiten an einem Ziel.»

Wir gehen sogar weiter und wagen die Behauptung, daß wir heute und morgen im Zeitalter der «totalen Wirtschaft» leben, daß der wirtschaftliche Daseinskampf wichtiger ist als der politische, daß nicht mehr wie vor und seit hundert Jahren die Politik, sondern die Wirtschaft das Schicksal ist.

Im gleichen Zusammenhang führte Nationalrat *Jacquet* unter anderem aus:

«Es kann nie darum gehen, unsere Gesandten und Konsuln gleichsam als Handelsreisende des Bundes auftreten zu lassen. Was wir aber wünschen, ist, daß die vorgezeichnete Entwicklung einen Weg nimmt, der den wirtschaftlich geschulten, mit den Verhältnissen zu Hause und

in der Fremde vertrauten Diplomaten zum Typ des schweizerischen Diplomaten macht. Was uns not tut, ist die vermehrte Zusammenfassung unserer wirtschaftlichen Anstrengungen im Ausland selbst, und in unserer Hinsicht bringt die Schaffung von Handelsagenturen keinen Fortschritt. Wenn wir uns im Inland eine gewisse Vielfalt und vielleicht auch einen gewissen Leerlauf leisten können, so beeinträchtigt jede Zersplitterung im Ausland den Erfolg. In der Fremde müssen alle im Dienst unseres Landes stehenden Kräfte einen einzigen Stützpunkt bilden, an dessen Spitze der Chef unserer amtlichen Außenvertretung steht. Wenn ich mir gestatte, dies zu betonen, so fuße ich bestimmt nicht auf theoretischen Erwägungen. Wir dürfen in Fragen der Handelspolitik unbedenklich ausländischen Vorbildern folgen. Führende Großmächte sind in den letzten Jahren beinahe ausnahmslos dazu übergegangen, den politischen Außendienst mit dem Wirtschaftsdienst zu verschmelzen. Aber auch kleinere Länder, wie beispielsweise Schweden, haben diesen Weg beschritten, und es ist vielleicht kein Zufall, daß der heutige Außenminister sowie der Staatssekretär für das Auswärtige dieses Landes beide einst Chef der Handelsabteilungen gewesen sind.»

Wir ersehen aus diesen Auslassungen, daß sich bei uns das Problem genau gleich stellt, wie wir es im Falle Englands in allen Einzelheiten dargelegt haben, und daß in England die praktischen Schritte der Wechselwirkungen und Verbindungen zwischen dem politischen Außendienst, dem Wirtschaftsdienst und andern einschlägigen Departementen, über die wir in der Schweiz vorläufig im Nationalrat, in der Presse usw. lediglich reden und schreiben, bereits energisch in Angriff genommen worden sind.

Es muß in unserem Land sofort auf Grund der in andern Ländern angebahnten oder bereits gemachten Erfahrungen sowie unter Berücksichtigung der schweizerischen Sonderverhältnisse untersucht werden, welche Änderungen am Apparat vorzunehmen sind, das heißt, wie bei uns der politische Außendienst mit dem Wirtschaftsdienst in Verbindung und Wechselwirkung gebracht werden kann. Dies gilt besonders auch für die Konsulate, wobei darauf zu achten ist, daß die Inhaber nicht lediglich kaufmännisch, sondern vor allem auch volkswirtschaftlich, sozialpolitisch und kulturell auf der Höhe sind. Es muß geschehen in Zusammenarbeit mit jenen neuen Elementen, die in diesem mit neuen Formen und neuem Inhalt auszustattenden Apparat herangezogen werden sollen, das heißt in Verbindung mit «allen Kreisen der Bevölkerung», die auch im englischen Beispiel angesprochen und einbezogen werden.

Die neue Methode muß, wie bereits angedeutet, davon ausgehen, daß der Nachdruck auf die Heranziehung von Leuten gelegt wird, die aus der Praxis kommen und sich in der Praxis bereits bewährt haben, und zwar nicht nur auf einem Spezialgebiet, sondern als Persönlichkeiten, als Menschen, die die nötige innere und äußere Kultur und dazu einen klaren Überblick über die politische, wirtschaftliche und soziale Gesamtentwicklung haben.

In diesem Falle wird es sich meistens um Anwärter handeln, die nicht speziell auf ihre Fähigkeiten geprüft werden müssen, da sie ihr Können in Wirtschaft und Politik bereits unter Beweis gestellt haben und sofort sowie direkt in führende Posten eingesetzt werden können.

Daneben muß natürlich die Möglichkeit bestehen, ein Kader auf dem

Verwaltungswege von unten herauf heranzubilden. Auch hier soll jedoch die Gepflogenheit aufgegeben werden, ausschließlich auf Schulbildung und akademische Grade abzustellen. Insbesondere soll vermieden werden, allzu ausschließlich unter jungen Juristen Ausschau zu halten, anstatt je nach dem Grad der mit großem allgemeinem Wissen verbundenen Spezialkenntnisse auch Historiker, Nationalökonomien usw. einzubeziehen.

Die Bevorzugung von einseitig eingestellten Juristen hat bis heute vielfach zur Folge gehabt, daß sehr viele schweizerische Diplomaten, wenn sie sich bemühen, die Vorgänge in der internationalen Politik zu verstehen und sich darüber auszulassen, über juristische Formulierungen und Begriffe nicht oder nur selten hinauskommen. Es gibt natürlich unter ihnen einige besonders begabte Elemente, die ihr juristisches Wissen nur als Rüstzeug ansehen und darüber hinaus das Bestreben haben, ihren Geist zu kultivieren, ihren Horizont und ihren Erfahrungskreis zu erweitern. Im Interesse der lebendigen Gestaltung des auswärtigen Dienstes sollte dafür Sorge getragen werden, daß ein größeres Maß allgemeinen Wissens zu einer wichtigen Voraussetzung der Verwendung im Außendienst gemacht wird. Diejenigen, die bemüht sind, sich in dieser Richtung zu entwickeln und die wahrscheinlich die produktivsten unter den Diplomaten sind, vermöchten auch auf ihre Kollegen unter Umständen stimulierend einzuwirken.

Was die Rekrutierung unter den jungen Elementen betrifft, die noch keine Beweise der Bewährung geliefert haben, so wird man bei der Auslese ein gewisses, wenn auch nicht ausschlaggebendes Gewicht auf Vorstudien (Universitätsstudien, journalistische Arbeiten usw.) als Voraussetzung für die Aufnahme machen müssen. Man wird dabei unter anderem auch auf Examen und wissenschaftliche Empfehlungen von Professoren abstellen dürfen. Es wird nötig sein, über den Charakter und die Persönlichkeit der Anfänger Näheres in Erfahrung zu bringen, und man wird nicht zuletzt wissen müssen, welche fremden Sprachen die Anwärter so weit beherrschen, daß sie in fremden Ländern ohne Mühe fachlichen und gesellschaftlichen Verkehr pflegen können.

Der Schluß drängt sich auf, daß eine amtliche Stelle nicht hinreicht, um über diese Voraussetzungen Klarheit zu schaffen. Die Bildung einer Art Prüfungskomitees liegt nahe. In fast allen Ländern bestehen solche Komitees. Wie sollte ein solches Komitee zusammengesetzt sein? Natürlich hätten die Leiter der Personalabteilung und der ständige Leiter des Politischen Departements in ihm Sitz und Stimme, neben ihnen aber vielleicht auch ein pensionierter ehemaliger Gesandter, von dem man weiß, daß er einige Aufgeschlossenheit und Lebhaftigkeit besitzt. Er könnte gewissermaßen die Erfahrung vertreten und auf Grund derselben über die rein individuelle menschliche Eignung des Kandidaten einiges aussagen. Dies ist wichtig im Hinblick darauf, daß man nicht erwarten kann, nur Leute zu gewinnen, die weit über dem Durchschnitt stehen. Die Anwärter sollen wohlgesittet sein und gute Manieren haben, was durchaus nicht sagen will, daß sie geschniegelt sein sollten. Dann wären wohl auch zwei oder drei sprachenkundige Professoren und auch je ein Vertreter der Wirtschaft und der Gewerkschaften heranzuziehen.

Es empfiehlt sich nicht, einen Anwärter einem Kreuzverhör in Gegenwart aller zu unterziehen. Auch psychotechnische Methoden dürften hier weitgehend versagen. Vielmehr sollten die Mitglieder des Komitees mit den Kandidaten in wiederholtem Zusammentreffen gründlich Kontakt nehmen. Das setzt einiges Einfühlungsvermögen voraus. Ihre kurzen Berichte wären dann in der Personalabteilung zu prüfen. Es ist unseres Erachtens unumgänglich, und der Zeitpunkt ist jetzt dafür da, in einem solchen Komitee vor allem auch einen Vertreter der Gewerkschaften heranzuziehen. Es darf nicht mehr so sein, daß der Vorort auf diesem Gebiet indirekt, wie es oft geschieht, alle Rechte für sich in Anspruch nimmt, während in keiner Weise dafür gesorgt ist (außer etwa über das Medium von Hochschulvorlesungen hinweg), daß Anfänger des diplomatischen Dienstes einigermaßen über die Bedeutung der Sozialpolitik in der internationalen Politik Bescheid wissen. Die Anwesenheit eines Gewerkschaftsvertreters in diesem Prüfungskomitee könnte eine Garantie dafür bieten, daß Kandidaten für den auswärtigen Dienst schon von Anfang an über die Weite des Aufgabenkreises vernünftige Auffassungen erhalten und nicht in den Irrtum verfallen, daß Politik auch heute noch ausschließlich in Salons gemacht wird. Eine Gesandtschaft, die nur Buchgelehrte aufweist, wird des lebenswichtigen Kontakts verlustig gehen. Man wird auch gut tun, sich zu vergewissern, daß ein gewisser Prozentsatz der Diplomaten zu den lesefreudigen Menschen gehört. Diplomaten, die nie ein Buch in die Hand nehmen, sind meistens sehr schlechte Zuhörer, daher ungenügende Beobachter, und von da an zum uferlosen Schwätzertum ist nur ein kleiner Schritt.

Bei fast allen Gesandtschaften gibt es heute eine Handelsabteilung, der entweder ein vorwiegend durch die Schule des Volkswirtschaftsdepartements gegangener Beamter vorsteht oder ein Vertreter des Politischen Departements, der eine Zeitlang im Volkswirtschaftsdepartement gearbeitet hat.

Die idealste Lösung wäre, daß jeder Diplomat eine gewisse Lehrzeit beim Volkswirtschaftsdepartement sowie in einer der Abteilungen des Politischen Departements absolviert oder wenigstens, wenn das nicht geht, unter einem bewährten Leiter der Handelsabteilung in einem ausländischen Posten dient. Diese Lösung soll im Auge behalten werden, auch wenn sie nicht immer in Reichweite ist und man sich in nächster Zeit noch mit Zwischenlösungen und Kompromissen wird begnügen müssen.

Es ist eine bei den Vertretern der Wirtschaft — im Vorort — wie auch im Volkswirtschaftsdepartement beliebte Auffassung, daß nur ihresgleichen die großen wirtschaftlichen Zusammenhänge erfassen können und, wenn es darauf ankomme, handlungsfähig seien. Man hat sich auch anderswo, nicht nur bei uns, eine Zeitlang von diesen Kreisen viel auf diesem Gebiete vormachen lassen. Meistenorts ist aber heute die Ernüchterung eingetreten, und man traut auch wieder einem gesunden politischen Kopf die Fähigkeit zu (natürlich auf Grund von ernsthaftem Studium und angestrengter Arbeit), in wirtschaftlichen Problemen als Berater wirken zu können. Minister und Legationsräte sollten schließlich und endlich Rat-

geber und nicht Spezialisten sein. Die Gefahren, die ein auswärtiger Dienst läuft, der allzu eng und am Ende undurchsichtig mit der Wirtschaft verbunden ist, sind offenkundig. Man hat in allen Ländern zwischen den beiden Weltkriegen auf diesem Gebiet einige Überraschungen erlebt.

Ist erst einmal die Wechselwirkung und Synthese zwischen Wirtschaft und Politik in der nationalen Politik und Wirtschaft und im nationalen politischen und wirtschaftlichen Apparat erzielt, so werden sich die guten Folgen und Nutzenanwendungen für den Außendienst ganz von selber einstellen. Die Anstrengungen sollen jedoch heute schon auch von seiten des politischen Außendienstes selber kommen, wobei sich ein Mittelweg finden lassen muß zwischen einer gewissen Spezialisierung auf bestimmte Fragen und Länder und der Ausbildung von Leuten, die sich gerade auf Grund ihrer mannigfachen Erfahrungen auf vielen Gebieten und in möglichst vielen Ländern jene internationale Einstellung aneignen können, die der kommenden Welt immer mehr ihren Stempel aufdrücken wird. Ein Wechsel zwischen der Arbeit im Ausland und der Auswertung dieser Erfahrungen bei kürzeren oder auch längeren Arbeitsaufenthalten im Staatsapparat zu Hause soll so weit gehen, daß sich bei Erreichung eines gewissen allgemeinen Reifegrades auf dem Gebiet internationaler Beziehungen eine abschließende spezielle und dauernde Beschäftigung in einem einzelnen Lande anschließen kann, wobei dann auch eine wohlabgewogene Auslese möglich ist und die tüchtigsten Elemente in den wichtigsten Ländern eingesetzt werden können. Tüchtige Kräfte sind vor allem auch in jenen Dienstzweigen in der Schweiz zu belassen, die sich mit internationalen Organisationen, deren Zahl und Wichtigkeit dauernd zunimmt, zu befassen haben (Instanzen und Körperschaften, die sich aus der Wirksamkeit der UNRRA, der Verwaltungsarbeit in Deutschland, dem Wirtschaftsrat und andern Instanzen der neuen internationalen Sicherheitsorganisation ergeben, ferner der internationalen Organisation der Arbeit, des Internationalen Gewerkschaftsbundes usw.).

Bei der Auflockerung des Außendienstes und seiner weitgehenden Ausdehnung auf rein wirtschaftliche — also auch rein geschäftliche — Gebiete wird sich natürlich immer die wichtige Frage stellen, wo die Grenzen liegen, über die hinaus sich die offizielle Diplomatie nicht mehr binden lassen kann und die die betreffenden Personen nicht so weit hinter sich lassen dürfen, daß beim Verhandlungspartner der Eindruck entsteht, solche Personen handeln aus eigener Machtvollkommenheit, oder sie lassen sich zu Transaktionen und Kontakten verleiten, die von den kompetenten Behörden nicht mehr gedeckt werden können oder ihnen vielleicht sogar als Amtsmißbrauch erscheinen müssen.

Gerade in dieser Hinsicht wird es wichtig sein, sich auf äußerst verantwortungsbewußte Personen verlassen zu können, die sich durch Verpflichtungen gegenüber den Volkskreisen, aus denen sie kommen und die einen großen Teil der Allgemeinheit verkörpern, einigermaßen gebunden fühlen.

Hier könnten ohne Zweifel Presse-, Handels- und Sozialattachés, denen innerhalb des Gefüges der Auslandsvertretungen eine unabhängigere Stellung zukommen soll und im allgemeinen auch vom Partner zuge-

messen wird, sehr nützliche Arbeit leisten. Presseattachés, die volkswirtschaftliche und sozialpolitische Bildung und entsprechende Beziehungen haben, sind schon deshalb nötig, weil gerade in der Presse wirtschaftliche und sozialpolitische Probleme eine immer größere Rolle spielen und solche Attachés auch verpflichtet, entsprechende Beziehungen zu unterhalten. Wenn je nach Ort und Eignung solche Attachés die verschiedenen Gebiete — Handel, Presse, Sozialpolitik — in einer Person betreuen würden, so könnten in manchen Fällen die oben aufgestellten Anforderungen in bezug auf eine intensive und trotzdem nicht allzu stark gebundene Wirksamkeit noch besser erfüllt werden.

Wenn die Pressestellen im Ausland und im Bundeshaus nicht eine gewisse dem Beruf des Journalismus entsprechende Bewegungsfreiheit erhalten, werden Klagen, wie sie in letzter Zeit erhoben worden sind und insbesondere die allzu verklausulierte oder viel zu späte Information betreffen, nie aufhören und weiterhin zu ernststen Mißständen und starkem Mißvergnügen der Staatsbürger Anlaß geben. Angelegenheiten der Presse, gleichviel, ob es sich um politische, sozialpolitische oder wirtschaftliche Fragen handelt, müssen journalistisch und nicht nach den Regeln der hohen Politik behandelt werden. Deshalb müssen aber auch zu ihrer Behandlung Fachleute herangezogen werden, die das Fingerspitzengefühl haben und ihren Beruf so beherrschen, daß gleichzeitig dem Wunsch nach Information und den höheren Verantwortlichkeiten gegenüber der offiziellen Politik Genüge geleistet wird. Die Presse soll im weitesten Rahmen bedient und unterrichtet werden. Die Berichterstattung soll nicht auf den exklusiven Kreis der akkreditierten Bundeshausjournalisten beschränkt bleiben.

Für die Fühlungnahme mit den Gesandtschaften usw. sollen Stellen und Posten (Legationsräte, Sekretäre) geschaffen werden, die sich mit den einzelnen Ländern speziell befassen und das eingehende Material zweckmäßig sichten (auch für die Orientierung der Vertretungen im Ausland).

Eine spezielle Pressestelle im Politischen Departement könnte mit Nutzen zu jener Fühlungnahme zwischen den verschiedenen Departementen und Instanzen beitragen, die im Zusammenhang mit dem Ausbau des Außendienstes und seiner Koordinierung im Staatsapparat sowieso nötig wird.

Wenn eine Reorganisation des politischen Außendienstes nach den oben dargelegten Grundsätzen durchgeführt würde, dürfte sich auch die Berücksichtigung einer alten und heute besonders imperativen Forderung der Gewerkschaften und der Arbeiterschaft ergeben: die Heranziehung der Gewerkschaften zu den Handelsvertragsverhandlungen als Vertreter eines Kreises von Staatsbürgern, deren Los mehr als je von solchen Verhandlungen und Instanzen bestimmt wird.

Nur auf diesem Wege werden die Vorwürfe in bezug auf die Nichtberücksichtigung der Arbeiterschaft entkräftet, und nur so wird ihren Vertretern Gelegenheit gegeben, ihren Teil zum gemeinsamen Wohl innerhalb einer freiheitlichen und demokratischen Ordnung beizutragen.

*

Die vorangehende Darstellung und die damit verbundenen grundsätz-

lichen Erwägungen zeigen deutlich, daß sich auf dem Gebiet der Zusammensetzung und Wirksamkeit des politischen und wirtschaftlichen Außendienstes in den wichtigsten Ländern der Welt eine völlig neue Entwicklung anbahnt. Wenn die Schweiz diese Entwicklung in Berücksichtigung ziehen und die sich daraus ergebenden Verkehren treffen will, so erfordert dies ohne Zweifel eine organisatorische und personelle Reform des Politischen Departements.

Es gibt in dieser Beziehung verschiedene Möglichkeiten, deren Feststellung der Zweck dieser Denkschrift und des am Schluß gemachten Vorschlages der Einsetzung einer speziellen Kommission ist. Ausgangspunkt könnten dabei allgemeingültige Richtlinien sein, die im Hinblick auf das Verfahren und die Erfahrungen in andern Ländern insbesondere auch die Möglichkeit der Heranziehung von Persönlichkeiten zum politischen und wirtschaftlichen Außendienst offenlassen müßten, die außerhalb dieses Dienstes kraft ihrer besonderen fachlichen Fähigkeiten rekrutiert werden können.

Es wäre unter anderm auch zu prüfen, ob nicht zur Lösung dieser Personal- und organisatorischen Fragen im Politischen Departement die Schaffung eines besonderen Personal- und Organisationsdienstes an die Hand genommen werden müßte, ferner ob es nicht zweckmäßig wäre, die Reorganisation des Politischen Departements nach zwei Richtungen hin zu verfolgen, das heißt nach Sachgebieten (Rechtsabteilung sowie Abteilungen für wirtschaftliche, finanzielle, soziale, kulturelle und politische Fragen) und nach geopolitischen Gesichtspunkten (Sektionen für die verschiedenen Weltteile). Endlich müßte untersucht werden, wer solchen Sektionen vorzustehen hätte (zum Beispiel Legationsräte) und wie die Verbindung zwischen den beiden Sachgebieten durch eine oberste Leitung hergestellt werden könnte (zum Beispiel Ernennung von Leitern für die beiden Sachgebiete, die ihrerseits wieder dem Leiter des Politischen Departements unterstellt werden könnten).

Wir machen diese Vorschläge unverbindlich. Sie sollen als Diskussionsgrundlage dienen. Wir schlagen deshalb vor, eine Kommission einzusetzen, die zuhanden des Bundesrates einen Bericht über die Reform des Politischen Departements auszuarbeiten hätte. Wir sind bereit, Vertreter in eine solche Kommission abzuordnen.

Wir bitten Sie um baldige Stellungnahme, da die außenpolitische Krise, in der sich die Schweiz seit einiger Zeit befindet, durch den Personenwechsel im Politischen Departement nicht behoben worden ist.

Die zukünftige Weltfriedensorganisation und die Neutralität der Schweiz

Von Dr. Fritz Studer

Die Fragen, ob die Schweiz sich an der im Werden begriffenen Weltsicherheitsorganisation beteiligen soll, ob ihre Mitgliedschaft im neuen Völkerbunde mit ihrer ständigen Neutralität, wie sie im Verlaufe